für die
volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien Erscheinungsort Wien



Telefon 33 87 774
Zuschriften an:
1205 Wien, Fach 3

Der Sparappellwagen



Eine Groteske aus dem Wiener Rathaus

Wir sind ein sparsames Volk, wir Österreicher. Und ein folgsames. Als wir aufgefordert wurden, Energie zu sparen, da gingen wir mit Heizöl und Benzin dermaßen knausrig um, daß die Spitzen unserer Gesellschaft die größte Mühe hatten, uns das ersparte Geld mittels mehrerer Tariferhöhungen dann wieder abzunehmen.

Aber wir hatten trotz Sparsamkeit und Energiekrise doch noch Energie genug, um durch Kritik wenigstens einigen der hohen Herren zu einem schlechten Gewissen zu verhelfen. Zum Beispiel dem Wiener Bürgermeister, welcher zwar prächtige Sparappelle verfaßt, sich selbst aber und seinen Stadträten fabrikneue benzinfressende Luxusdienstautos gegönnt hatte. Anschaffungspreis je Stück etwa eine Viertelmillion. Und um unser Geld, versteht sich.

Der Rathauspoldi jedoch läßt sich ungern kritisieren. Er sah ein, daß es nicht mehr genügte, wenn er seinen Whisky sparsam mit Orangensaft streckte; er mußte noch sparsamer werden. Was tat er also, der Poldi McGratz? Er ließ einen Kleinwagen kaufen, den kleinsten Fiat, den's gibt. Dann lud er Presse, Rundfunk und Fernsehen in den Rathaushof und stellte den süßen Kleinen der Öffentlichkeit vor: mein neuer Dienstwagen. Und es war wirklich sparsam, das putzige sparappellgelbe Schnauferl. Tag für Tag stand es im Hof und verbrauchte keinen Tropfen Benzin. Der perfekte Energiesparwagen. Ein richtiger kleiner Sparefroh. Doch weil die Welt schlecht ist und die Menschen böse sind, deshalb konnte es nicht ausbleiben, daß irgend jemand dieses Sparidyll zerstörte. Kurzum, eines Tages war der herzige Fiat plötzlich verschwunden, um nie wieder aufzutauchen. Aufgetaucht ist nur noch seine Kennzeichentafel, W 2.222, und zwar auf einer riesigen, blauen Luxuskalesche, welche ungeheuer viel Treibstoff säuft und jetzt mit dem armen Bürgermeister durch die Straßen prescht.

Wenn Sie also, liebe Leserin, lieber Leser, den bedauernswerten Poldi Gratz sehen sollten, ganz in Blau und leicht verschwommenen Auges, dann wissen Sie, was los ist. Gewiß trauert er um den unter so geheimnisvollen Umständen entschwundenen Kleinwagen. ●

Treffpunkt der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter (ML):

Unser Lokal, Wien 20, Universumstraße 40, Telefon 33 87 774

Jeden Dienstag ab 19 Uhr und jeden Freitag ab 18 Uhr

Diskussionen, Schulungen, Auskunft in sozial- und arbeitsrechtlichen Fragen

Besucher sind uns herzlich willkommen



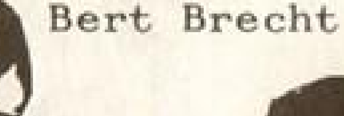
für die
volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) ★ Einzelpreis S 3,– Jahresabonnement (17 Nummern) S 50,–

Nummer 100, Mai 1975

Saigon in Aufruhr (Holzschnitt)







Sie haben Tanks und Kanonen
Maschinengewehre und Handgranaten
(die Gummiknüttel zählen wir nicht)
Sie haben Polizisten und Soldaten
Die wenig Geld bekommen und zu
allem bereit sind
Ja, wozu denn?
Haben sie denn so mächtige Feinde?
Sie glauben, da muß doch ein Halt
sein,
Der sie, die Stürzenden stützt.
Eines Tages, und das wird bald
sein
Werden sie sehen, daß ihnen alles
nichts nützt

Und da können sie noch so laut
"Halt" schreien
Weil sie weder Geld noch Kanone
mehr schützt

Bert Brecht

Das siegreiche Ende

des Befreiungskrieges – eine entscheidende Niederlage des Weltimperialismus, ein großer Sieg der Weltrevolution

Nachdem am 17. April die Befreiungsarmee die letzten Bastionen der Lon-Nol-Landsknechte der US-Imperialisten in Phnom Penh gestürmt hatte, liquidierten nur 14 Tage später die Befreiungsarmee und die Bevölkerung des Südens Vietnams in einer rasant geführten Offensive und schneller als es jemand annehmen konnte, das Saigoner Marionettenregime.

Wir wollen nicht noch einmal all dies wiederholen, was wir in der vorigen Nummer unserer Zeitung über den Sieg in Indochina schrieben. Wir wollen zunächst einmal unsere grenzenlose Freude und Begeisterung zur endgültigen Befreiung Vietnams zum Ausdruck bringen. Eine Freude und eine Begeisterung, die alle in der Welt teilen, die gegen Imperialismus und Hegemonismus kämpfen. Der Marschtritt der Freiheitskämpfer erschütterte nicht nur das Pflaster von Saigon, sondern die ganze Welt. Wie vor den Kopf geschlagen war nicht nur der US-Imperialismus, sondern alle Reaktionäre und Unterdrücker dieser Welt und nicht zuletzt die russischen Sozialimperialisten. Mögen deren Lippen noch so überfließen vor honigsüßen "Glückwünschen" zum siegreichen revolutionären Volkskrieg, so wissen sie doch ganz genau, daß der Sieg der Völker Indochinas eine schwere Niederlage ihrer Politik darstellt. Einer Politik, die darin bestand, den Völkern Indochinas in ihrem Befreiungskampf falsche Hilfe und echte Sabotage militärischer und politischer Natur zu "liefern". Einer Politik, die darin bestand, veraltete Waffen nur zu dem Zweck zu liefern, damit der Kampf niemals zu Ende gehe, um sich auf diese Art Stützpunkte in Indochina zu sichern und gegenüber dem Konkurrenten um die Weltherrschaft, den US-Imperialisten, weltweite wirtschaftliche und politische Vorteile zu erringen.

In der von den Sozialimperialisten organisierten Propaganda wurde wenig von den Siegen der indochinesischen Völker, umso mehr aber von den Grausamkeiten und Opfern des Befreiungskrieges gesprochen. (Wer erinnert sich nicht an die Jammerprozessionen der "K"PÖ-Revisionisten mit "Kerzerlmarsch" usw.?) Der Zweck war: den Völkern der Welt, nicht zuletzt den von den Sozialimperialisten unterdrückten Völkern, sollte die Schneid genommen werden, gegen die imperialistische Unterdrückung zu kämpfen.

für die
volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) · Einzelpreis S 3,– · Jahresabonnement S 30,– · Nr. 67 · Oktober 1972



Der Volkskrieg siegt!



Bei der Redigierung der ersten Nummer unserer Zeitung haben wir den Beschluß gefaßt, ständig über den Befreiungskampf der Völker von Vietnam, Laos und später auch Kambodscha (nach der US-Aggression gegen dieses Land) zu berichten und ihren Kampf mit allen möglichen Mitteln zu unterstützen. Wir haben dabei erlebt, wie uns die Revisionisten mit unseren Losungen den Solidaritätsdemonstrationen fernhalten wollten – auch mit Gewalt. Dazu hat auch die Losung gehört: "Der Volkskrieg siegt!"

In Indochina hat der Volkskrieg gesiegt. Dieser Sieg gibt uns noch mehr Kraft und Zuversicht, daß auch die österreichischen arbeitenden Menschen in ihrem Kampf zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft eines Tages siegreich sein werden. ●

Sie sollten lieber die "brüderliche Hilfe" der Sozialimperialisten annehmen, sich solcherart dem Diktat der Kreml-Herren unterwerfen.

Diese heuchlerische Politik erhielt eine entscheidende Abfuhr. Und auch mit den süßesten Worten und den gemeinsten Intrigen wird es ihnen nicht gelingen, im Interesse ihrer Weltherrschaftspläne in Indochina Machtpositionen zu errichten. In dem Indochina, wo vorher Franzosen und Japaner und schließlich die US-Imperialisten gescheitert sind.

Zum Abschluß noch eine "Kleinigkeit": Der Schreiber dieser Zeilen traf einen alten Bekannten, der sich noch immer nicht von der Revisionistenpartei loslösen konnte, und der sagte mit Begeisterung, aber auch ziemlich viel Verlegenheit: "Na, was sagst du, jetzt haben die Vietnamesen gesiegt und ich habe dir nie geglaubt, wenn du gesagt hast, daß sie siegen werden." Diese Worte sagen mehr aus über das Wesen revisionistischer und sozialimperialistischer "Unterstützungskampagnen" als lange theoretische Abhandlungen. ●

Ein neuer „Reptilienfonds“

In früheren Zeiten, als der Kapitalismus noch durch "freien Wettbewerb" gekennzeichnet war und sein politischer Leitsatz "Liberalismus" (d.h. "Freiheit von staatlicher Bevormundung") lautete, war die herrschende Klasse verschämt bemüht, die Verletzung ihrer eigenen Gesetze zu verschleiern. So gingen die Gelder aus öffentlichen Mitteln zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung über vor der Öffentlichkeit verborgene Kanäle. Man nannte sie "Reptilienfonds" ("politischer Geheimfonds, über den im ordentlichen Haushalt keine Rechnung gelegt wird" – laut "Neuem Brockhaus"). Eine sinnreiche Bezeichnung: denn heimlich und heimtückisch wurde so das Schlangengift kapitalistischer Volksverdummung in die Adern der arbeitenden Menschen gespritzt. Im heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus fallen aber die demokratischen Hüllen der Diktatur der Bourgeoisie. Offen und schamlos blecken die Machthaber ihre Giftzähne und stoßen sie ins Fleisch der Volksmassen. So wurde denn jüngst ein Gesetz zur Finanzierung der "staatserhaltenden" Parteien, zur Förderung ihrer Presse und zur Subventionierung der Propagandatätigkeit ihrer "politischen Akademien" ausgepackelt.



Steuergelder für defizitäre Zeitungen

Vor diesem Gesetz sind alle Parteien, die auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung stehen und grundsätzlich das Großkapital vertreten, gleich; an der Futterkrippe, die vom Volk gefüllt wird, können sie sich daher alle nach einem "gerechten" Verteilungsschlüssel mästen. Auch die "K"PÖ soll mit einer halben Million jährlich bedacht werden. Wurde doch eigens ihr zuliebe auf Kreiskys Vorschlag als kleinste Partei, die auf solche staatliche Zuwendungen Anspruch hat, jene festgelegt, die mindestens ein Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigt. Also, wie man sieht: maßgeschneidert für die revisionistischen Arbeiterverräter! Und – selbstredend! – "auch die 'Volksstimme' soll leben", wie Kreisky seinerzeit betont hat, als er die staatliche Förderung defizitärer, weil leserarmer, Zeitungen anregte.

Kreisky will den sozialistischen Arbeitern einreden, es ginge bei der Parteienfinanzierung aus Budgetmitteln angeblich darum, die privatkapitalistischen Geldgeber der ÖVP "aufs Kreuz zu legen"; denn diese dürfen nicht mehr wie bisher ihre Wahlkampfspenden vom zu versteuernden Einkommen abschreiben. In Wirklichkeit geht es aber bei dem neuen, von allen drei Parlamentsparteien gebilligten Gesetz um ein massives Geschenk an die Unternehmer. Bisher haben sich diese nämlich durch Abschreibungen 50 Prozent ihrer Wahlspenden

erspart (wenn sie etwa 30 Millionen spendeten, die sie vom Einkommen abschrieben, zahlten sie um 15 Millionen weniger Steuern). Jetzt aber ersparen sie sich die vollen hundert Prozent, da ja der Steuerzahler ihnen diese ganze "Last" abnehmen muß! Das gilt natürlich auch für die BAWAG, die Steyrermühl und andere "gemeinwirtschaftliche" Unternehmen, die den bürokratischen Kapitalisten an der Spitze der SPÖ (sowie des ÖGB und der Konsumgenossenschaften) gehören bzw. faktisch untertan sind. Und das gilt ebenso für die zahlreichen Osthandelsfirmen der "K"PÖ, die verhältnismäßig (auf die Zahl der Parteianhänger bezogen) die mächtigste Finanzkraft im Dienste einer der bürgerlichen Parteien darstellen.

Wer zahlt nun an Stelle der privaten und bürokratischen (=beamteten) Monopolkapitalisten für die Finanzierung ihrer Parteien, Presse und Propagandainstitute? Auf 150 Millionen Schilling jährlich hat Kreisky die staatlichen Ausgaben für diese Zwecke veranschlagt. Das sind 20 Schilling pro Kopf der Bevölkerung. Der Löwenanteil entfällt auf die arbeitenden Menschen, die durch ihre direkte und indirekte Steuerleistung für mehr als zwei Drittel der Budgeteinnahmen aufkommen. Die Werktätigen zahlen also wieder einmal selber für die Meinungsmanipulation, durch welche sie – entgegen den eigenen Interessen – von ihren Ausbeutern gegängelt werden!

Mehr noch: In den letzten Jahren sind 15 bis 20 Prozent der wahlberechtigten Österreicher nicht zur Urne gegangen oder haben ungültige Stimmzettel abgegeben. Sie haben damit demonstriert, daß sie keiner der wahlwerbenden Parteien vertrauen, daß die Illusionen gegenüber dem "parlamentarisch-demokratischen" Herrschaftssystem der Bourgeoisie im Schwinden begriffen sind. Warum sollen sie also – über den Fiskus – für die Propagandazwecke jener Parteien "brennen", die sie doch ausdrücklich ablehnen? Warum sollen die arbeitenden Menschen mit ihren sauer verdienten Schillingen Zeitungen finanzieren, die sie nicht lesen wollen? Wäre es nicht gerecht, wenn angesichts dieser unleugbaren Tatsachen zumindest 20 Prozent dieses neuen "Reptilienfonds" – also bis zu 30 Millionen Schilling – der VRAÖ(ML) übergeben würden, die als einzige politische Organisation in unserem Land konsequent gegen das herrschende kapitalistische Ausbeutersystem kämpft, deren Organ "Für die Volksmacht" unermüdlich den Volksbetrug sämtlicher "staatserhaltender" Parteien entlarvt und das schwindelhafte Wahltheater anprangert? Wir sind es doch, die das aussprechen und wissenschaftlich begründen, was die große Mehrheit der Nicht- oder Ungültigwähler dank ihrem Klasseninstinkt unbewußt fühlt.

Das ist natürlich ein Scherz. Wir revolutionären Arbeiter erwarten und brauchen keine Hilfe vom bürgerlichen Staat. Denn dieser kann und wird doch niemals eine Politik unterstützen, die sich von dem unvergänglichen Grundsatz des "Kommunistischen Manifests" von Marx und Engels leiten läßt: "Die Kommunisten verschmähen es, ihre Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung." Wir sind stolz darauf, von Anbeginn unserer Tätigkeit finanziell absolut unabhängig zu sein. Einhundert Nummern unseres Zentralorgans "Für die Volksmacht" (früher: "Der Kommunist") sind seit dem März 1967 erschienen – ausschließlich gestützt auf die eigene Kraft marxistisch-leninistischer revolutionärer Betriebsarbeiter. Sie stellen die Zeitung in ihrer spärlichen Freizeit eigenhändig her und bestreiten die Materialkosten aus dem eigenen kärglichen Lohn.

Das Gesetz über den neuartigen "Reptilienfonds" soll unsere Genossen, Leser und Freunde anspornen, durch Beiträge und Spenden noch mehr unsere Zeitung zu unterstützen. Es soll unsere Mitglieder und Anhänger anfeuern, noch energischer gegen das betrügerische Wahltheater vom 5. Oktober zu agitieren. ●

Krise der bürgerlichen Demokratie



Seit mehr als einem Jahrzehnt heulen die Herrschenden und ihre Lakaien von einem "Unbehagen in der Demokratie", oder, exakter: von der Krise der bürgerlichen Demokratie. Die Stimmenthaltungen bei diversen Wahlen haben es ihnen angetan. Sie merken: Das Volk glaubt immer weniger an die parlamentarische Demokratie. Das Ansehen der sogenannten "Volksvertretung" war schon in der berüchtigten "Koalitions"-zeit dahin, als der schwarz-rote "Koalitionsausschuß" alles beschloß, was die "Aufstehmandeln" im Parlament hernach nur gutzuheißen hatten. Als sie den Nationalrat im Fernsehen popularisieren wollten und nur das Gelächter der Zuschauer ernteten, klagte ein so gewiegter "Parlamentarier" wie Bruno Pittermann, man könne doch nicht von "ungelernten" Abgeordneten verlangen, daß sie sich ebenso geschickt wie gelernte Schauspieler verhalten. Er gab damit zu, daß es sich bei der ganzen "parlamentarischen Demokratie" um ein mieses Theater handelt, das man der Bevölkerung vormacht, um hinter den Kulissen die wirkliche Politik gegen das Volk – natürlich "im Namen des Volkes" – betreiben zu können.

Dieses "Unbehagen in der Demokratie" gab es natürlich auch in den anderen Ländern der westlichen Welt. In Westdeutschland und Westberlin z.B. setzte daher eine Bewegung ein, die sich "Außerparlamentarische Opposition" (abgekürzt: "APO") nannte. Sie war von Studenten und jungen Intellektuellen kleinbürgerlicher und bourgeoiser Herkunft eingeleitet und geleitet; deshalb war sie logischerweise nur kurzatmig und blieb ohne Breitenwirkung. Doch die berechtigte Opposition der politisch bewußtesten Volksschichten gegen "parlamentarisch-demokratisches" Pharisäertum ließ sich nicht aus der Welt schaffen. Denn sie war naturnotwendig. Es fragte sich nur, ob sich Vertreter der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen an die Spitze dieser Opposition stellen und ihr die richtige Richtung geben könnten, oder ob reaktionär-bürgerliche Kreise sich der Oppositionsstimmung unter der Bevölkerung bedienen würden, um durch neue, raffiniertere Betrugsmanöver die Volksmassen vom Eintreten für ihre eigenen Interessen anzuhalten und auf Nebengeleise zu drängen.

Wir müssen frei zugeben: Zunächst sind die reaktionären Kreise der Bourgeoisie erfolgreicher. Sie haben als erste die in der österreichischen Verfassung vorgesehene, aber zugleich aufs äußerste eingeschränkte "außerparlamentarische" Aktionsform eines "Volksbegehrens" zugunsten der Umwandlung des österreichischen Rundfunks in ein gefügiges Instrument der ÖVP und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft benützt und benutzen diese Form derzeit zur praktischen (und später legislativen) Außerkraftsetzung des an und für sich lendenlahmen und in seiner Handhabung trügerischen Gesetzes über die "Fristenlösung".

Jedoch diese Form der sogenannten "direkten Demokratie" (als Gegengewicht gegen die diskreditierte "parlamentarische Demokratie") war den gewiegten Volksbetrügern nicht genug. Sie entfalteten eine "Bewegung" zur "Bürgerinitiative" – natürlich gleichfalls nach westdeutschem Muster. Und sie vermochten sogar unter dieser Losung ("zum Schutze der Bäume" gegen die Pläne der Gemeinde Wien für den Neubau des Zoologischen Instituts der Universität Wien im Sternwartepark) den sozialdemokratischen Bürgermeister Slavik zu stürzen. Schließlich war die ÖVP die erste politische Partei, die in Österreich den amerikanischen Schwindel mit den "Vorwahlen" (d.h. der angeblichen Auslese und Bestimmung der Kandidaten für allgemeine Wahlen durch die Anhänger der betreffenden Parteien selbst, statt durch deren Parteiapparat) einführte.- Das alles ist ein indirekter Beweis für die Krise des bürgerlichen Parlamentarismus, die – und das ist nur allzu verständlich – in erster Linie von den krisenanfälligsten Parteien

der herrschenden Klasse (in unserem Falle: von der ÖVP) erkannt wird und durch scheindemokratische Alternativen überwunden werden soll.

Daß der scheinlinke Flügel der Kapitalistenklasse mit der SPÖ-Führung an der Spitze solche Manöver nachahmen und für eigene Zwecke gebrauchen will, ist allzu natürlich. Wichtig ist jedoch, daß diesen Herren das nicht recht gelingen will. Demgegenüber tauchen aus der Masse des Volkes Kräfte auf, die einen außerparlamentarischen Kampf nicht zum Betrug an den Volksmassen, sondern zur Entlarvung der betrügerischen "parlamentarischen Demokratie" führen wollen. So gab es eine ernstzunehmende Initiative revolutionärer Jugendlicher, welche Hunderte, ja Tausende von Bewohnern Wiener Gemeindewohnsiedlungen gegen die Erhöhung der Fernwärmetarife mobilisierte. So gab es Ende 1974 eine Bewegung gegen die massiven Tariferhöhungen der Gemeinde Wien bei Gas, Strom, Straßenbahn, die zur Gründung von Kampfkomitees auf Bezirksebene führte und schließlich in einer Demonstration von 1.500 Teilnehmern vor dem Wiener Rathaus gipfelte. Und so begann u.a. Ende März/Anfang April eine Bewegung von Bewohnern alter Häuser im 4. und 5. Wiener Gemeindebezirk, die unter der Führung eines selbstgewählten Komitees gegen den Abbruch von Miethäusern zu Spekulationszwecken ohne Bereitstellung von entsprechend geeigneten Ersatzwohnungen für die bisherigen Mieter kämpfen.

All das ist eine neue Form der Volks-Demokratie, d.h. der Entfaltung der Initiative und Selbsttätigkeit der breiten Volksmassen, ohne Rücksicht auf irgendwelche Parteizugehörigkeit und auf Befehle und Untersagungen dieser oder jener etablierten Partei. Darin steckt nicht nur ein weiterer Beweis für den Bankrott der bürgerlichen "parlamentarischen Demokratie", sondern zugleich ein Beweis für die Fähigkeit und den Willen der einfachen Menschen in Österreich, eine wahre Demokratie, d.h. eine Demokratie des Volkes zu entfalten und letzten Endes auch zum Sieg führen. In diesem Sinn sind auch die zum Teil bereits erfolgreichen Massenbewegungen gegen den Bau von Kernkraftwerken in Westdeutschland, in der Schweiz und nun auch in Österreich (Vorarlberg und Oberösterreich) zu werten. Auch hierbei greifen breiteste Volksmassen - ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit und ohne Rücksicht auf verschiedene Parteiinteressen - die Initiative und entfalten spontan eine wirksame Aktivität, um der maßlosen Ausdehnung der Profitwirtschaft auf Kosten der Volksgesundheit Einhalt zu gebieten. Das alles ist überaus positiv und zukunftsweisend.

Die Marxisten-Leninisten müssen alle Initiativen und Aktivitäten der Volksmassen, wie bescheiden auch ihre speziellen Forderungen und wie klein auch ihre Anfänge sein mögen, entschieden unterstützen. Wie, einem alten Gleichnis zufolge, in einem Tautropfen sich die Welt spiegelt, so sind in einzelnen Teilforderungen der arbeitenden Menschen die Grundwidersprüche der heutigen Gesellschaft im Keim vorhanden. Und wie stets in der Geschichte aus kleinen Anfängen große Entwicklungen und Umstürze hervorgehen, so sind auch in Volksbewegungen der oben geschilderten Art, ob man will oder nicht, die Elemente der kommenden Volksrevolution in Österreich eingeschlossen.

Auch die Reaktion weiß sehr wohl um die Ohnmacht und Unansehnlichkeit unseres gegenwärtigen parlamentarischen Systems. Sie hat in den Jahren der Kreisky-Regierung zahlreiche außerparlamentarische Aktionen organisiert, von den Zahnärzten bis zu den Zuckerrübenprofiteuren, von den deutschnationalen Slowenenfressern bis zu den "Rittern und Rettern" des "ungeborenen Lebens".

Es kommt jetzt darauf an, daß die arbeitenden Menschen unseres Landes, die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung ohne Unterschied der weltanschaulichen Richtung den Kampf für ihre eigenen Interessen außerhalb der scheindemokratischen Fassade des Parlaments aufnehmen. Statt sich wieder einmal durch ein Wahltheater an der Nase führen zu lassen, nimmt das Volk seine Angelegenheiten in die eigene Hand. Denn es wird sich immer mehr dessen bewußt: Nicht durch Parlamentswahlen, bei denen nur die Pokerkarten der Profitmacher neu gemischt werden, damit hernach das Volk mit dieser oder jener im Moment den Herrschenden am geeignetsten erscheinenden Regierungsform (große oder kleine Koalition, Konzentrations- oder Alleinregierung usw. usf.) weiter betrogen werden kann, fallen wichtige Entscheidungen. Nur durch ihre bewußten Aktionen können die werktätigen und ausgebeuteten Menschen selbst entscheiden, ob sich Österreich weiterhin im ewigen Kreislauf des sogenannten "Wohlstands" bei Arbeitsüberlastung der Mehrheit und ausgesprochener Armut einer großen Minderheit der Volksmassen drehen soll, oder ob sich unserem Land eine lichte Zukunft der Volksherrschaft und der wahren Menschenrechte eröffnen wird! ●

Das ist Sozialimperialismus



Ein Leserbrief

Im Leserbrief von Genossen F.J., Wien, in "Für die Volksmacht" Nr. 96, S.13, werden "Argumente" von revisionistisch beeinflußten Mitgliedern der "K"PÖ gegen die Marxisten-Leninisten im allgemeinen und gegen die Volksrepublik China im besonderen angeführt. Als Antwort darauf wird auf die neokolonialistische Politik der heutigen Kreml-Machthaber hingewiesen und vor allem die imperialistische Drohung der neuen Zaren gegen Japan für den Fall einer Unterzeichnung des beabsichtigten chinesisch-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrages angeprangert. Ich fürchte aber, daß viele Leser der "Volksmacht" sich der ganzen Bedeutung und Tragweite dieser unverschämten Drohung nicht voll bewußt sind, weil sie wahrscheinlich die Einzelheiten dieses Vertrages, um die es hier geht, nicht kennen.

Aus zahlreichen Pressemeldungen weiß man, daß der russische Botschafter in Tokio kategorisch erklärt hat, seine Regierung würde einen solchen Vertrag als "gegen die UdSSR gerichteten feindseligen Akt" betrachten, falls darin, wie von China und Japan vorgesehen, folgende Feststellungen aus dem chinesisch-japanischen Kommuniqué vom September 1972 (mit welchem die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern normalisiert wurden) Aufnahme fänden: "Keines der beiden Länder wird eine Hegemonie im asiatisch-pazifischen Raum anstreben, und jedes dieser Länder ist dagegen, daß ein anderes Land oder eine Gruppe von Ländern eine solche Hegemonie zu errichten trachtet". Dabei heißt es unmittelbar zuvor: "Die Normalisierung der Beziehungen zwischen China und Japan ist nicht gegen dritte Länder gerichtet."

Wenn sich die russischen Sozialimperialisten trotzdem durch die Vertragsklausel betroffen fühlen und sie als "antisowjetisch" betrachten, dann geben sie damit selbst zu, daß sie eben eine solche Vorherrschaft (=Hegemonie) anstreben und kein Mittel scheuen wollen, um sie durchzusetzen!

Die Kreml-Herrn halten nicht nur die vier nördlichen Inseln Japans ("Süd-Kurilen") weiter besetzt, weil sie sie zu aggressiven Militärstützpunkten ausgebaut haben; sie fahren nicht nur fort in japanischen Fischereigründen zu wildern und japanische Fischer zu drangsalieren; sie verletzen nicht nur immer wieder den Luftraum und die Hoheitsgewässer Japans und betreiben eine intensive Spionagetätigkeit gegen dieses Land; - sie setzen der japanischen Regierung nun auch noch das Messer an die Brust und drohen ihr mit "folgeschweren Konsequenzen", wenn sie ihrer wiederholt bekräftigten Verpflichtung zum Abschluß des inhaltlich längst vereinbarten und zeitlich längst fälligen Friedens- und Freundschaftsvertrages mit der Volksrepublik China nachkommt! Das ist brutalster nacktester Imperialismus!

Wenn sich eine Supermacht, die eine solche imperialistische Politik betreibt, mit "sozialistischen" Phrasen tarnen will, so heißt das eben - nach Lenin - SOZIALIMPERIALISMUS!

In ganz Japan ist gegenwärtig eine Massenbewegung zugunsten des ehebaldigsten Abschlusses des chinesisch-japanischen Vertrages im Gang. In einer Versammlung des Bundes demokratischer Frauen erklärte die bekannte Kommentatorin Yoko Matsuoka: "Die Regierungen Japans und Chinas müssen so bald als möglich auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Erklärung einen japanisch-chinesischen Friedens- und Freundschaftsvertrag abschließen. Es ist nur natürlich und vernünftig, in dem Vertrag festzulegen, daß keines der beiden Länder eine Hegemonie im asiatisch-pazifischen Raum anstrebt und daß beide Länder gegen Bestrebungen anderer Länder oder Ländergruppen sind, eine solche Hegemonie in diesem Raum zu errichten." - Auf einer von mehr als 1.500 Personen besuchten Massenkundgebung betonte der Tokioter Vorsitzende der japanisch-chinesischen Freundschaftsvereinigung Toshio Tanaka, der Widerstand gegen Vormachtgelüste sei ein äußerst wichtiger Punkt und müsse klar und deutlich im vorgesehenen Vertrag formuliert werden, da dies den Grundinteressen des japanischen Volkes entspricht.

S. K., Wien ●



»für die volksmacht«

Am Anfang der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich - in den Jahren 1963/64 - stand der Kampf gegen die Entartung der KPÖ zum modernen Revisionismus. Gegen Ende 1963 war klar, daß nicht proletarisches Klassenbewußtsein in der KPÖ die Vorherrschaft hatte, sondern die Geldsackpolitik. Klassenbewußtes Denken, Handeln und Auftreten wurden mit allen Mitteln unterdrückt. Dominiert haben der Funktionärsapparat, der dem Brötchengeber - den revisionistischen Machthabern im Kreml, damals noch mit Chruschtschow an der Spitze - ein willfähriger Diener war, sowie die Osthändler einerseits und die vom ÖGB- und Arbeiterkammerapparat korrumpierten Elemente andererseits, die auf keinen Fall zulassen konnten, daß infolge einer klassenbewußten, marxistisch-leninistischen Politik ihre lukrativen Profite und Einkommen aufs Spiel gesetzt würden.

Endergebnis war, daß sich die aufrechten Kommunisten zusammenschlossen und ein Redaktionskollektiv für die Zeitung "Rote Fahne" gründeten. Es geschah dies in einer stürmischen Zeit des Klärungsprozesses.

Ohne richtige Analyse der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung zeigte die junge marxistisch-leninistische Bewegung nicht wenige ideologische und organisatorische Schwächen. So konnte es geschehen, daß der Karrierist Strobl der jungen Organisation der Marxisten-Leninisten großen Schaden zufügte. Erst das Studium der Werke Mao Tsetungs und die ideologischen Erkenntnisse der Großen Proletarischen Kulturrevolution auf unsere konkrete Situation angewandt, ermöglichten es, den Kampf um die proletarisch-revolutionäre Linie energisch zu betreiben. In dieser Situation spaltete Strobl, der sich faktisch die persönliche Verfügungsgewalt über sämtliche Einrichtungen der "Roten Fahne" angeeignet hatte, durch eine systematische Reihe von willkürlichen "Ausschlüssen" der aufrechtesten Genossen die marxistisch-leninistische Bewegung. Diese erlitt dadurch einen großen Schaden, der seine Auswirkungen noch bis heute zeigt. Denn viele langjährige proletarische Kämpfer begannen zu resignieren.

Aber Marxismus, Leninismus, Maotsetungideen sind unbesiegbar. Die von Strobl "ausgeschlossenen" Kampfgenossen schlossen sich noch enger zusammen. Binnen kurzer Zeit gelang es im beständigen Kampf ein Kollektiv revolutionärer Kader zu schmieden, das im März 1967 die Zeitung "Für die Volksmacht" (damals "Der Kommunist") herauszugeben begann. Um diese Zeitung geschart war es nach der Fusion mit der Gruppe um "Funke" möglich, im Juni 1968 die gesamtösterreichische Organisation Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) zu schaffen.

Die Hauptaufgabe, die wir uns damals stellten, war, den Kampf um die Voraussetzungen zur Schaffung der echten, revolutionären Partei der Arbeiterklasse zu führen, die voll und ganz auf dem Boden des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen steht.

In all den Jahren seither haben wir den Zickzackweg des revolutionären Kampfes kennengelernt. Haben wir Siege errungen und Rückschläge hinnehmen müssen. Im ständigen Kampf gegen falsche Ansichten haben wir uns ideologisch gestärkt und zu einer prinzipienfesten Linie gefunden. In diesem waren uns die marxistisch-leninistischen Ideen des Genossen Mao Tsetung die wertvollste Hilfe und sind es heute noch. Auf die konkreten österreichischen Bedingungen angewandt konnten wir uns theoretische Erkenntnisse erarbeiten, die sich heute unter der werktätigen Bevölkerung immer mehr verwurzeln, weil sie richtig sind. Darunter: über die objektiven Voraussetzungen für die sozialistische Revolution im weit entwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus im heutigen Österreich; über das Wesen und die Rolle der bürokratischen Kapitalisten an der Spitze der SPÖ und des ÖGB; über den Bankrott der bürgerlichen "parlamentarischen Demokratie" und des Schwindens der Illusionen über diese; über die Rolle Österreichs in der heutigen Welt und die Notwendigkeit des entschiedenen Kampfes für die Unabhängigkeit von den beiden Supermächten und für die Zusammenarbeit mit den Ländern der 3. Welt; über die entscheidende Rolle des selbständigen Kampfes der Arbeiter in den Betrieben in Hinblick auf die Schaffung der revolutionären Partei des Proletariats; über die realen Perspektiven der revolutionären Bewegung in Österreich usw.

In den Jahren seit der Gründung der VRAÖ konnten wir nicht nur die revisionistischen Angriffe gegen unsere ideologischen Grundlagen abwehren, sondern auch den massiven Angriffen des Klassenfeinds in Form außerordentlichen behördlichen Drucks (Konfiskationen, Geldstrafen usw.) begegnen.

Heute können wir mit Recht darauf stolz sein, daß sich die VRAÖ (ML) außerordentlich gestärkt zeigt, daß unsere Landesgruppen in Wien, Vorarlberg, Tirol und Kärnten immer offensiver auftreten, daß unsere Stützpunkte in anderen Bundesländern, Städten und Betrieben sich immer mehr entwickeln. Das eröffnet für unseren weiteren Kampf äußerst günstige Perspektiven.

Die Hauptströmung in der Welt ist heute die Revolution. Auch die "Insel der Glückseligen" - Österreich - ist davon nicht ausgenommen. Und so hat sich nach Jahren ideologischer Verwirrung innerhalb der revolutionär gesinnten Jugend vor allem auf dem Hochschulsektor eine Bewegung herauskristallisiert, die als Grundlage ihres Kampfes den wissenschaftlichen Sozialismus nehmen will. Neben einer freilich noch stark von Resignation geprägten (infolge oftmaligen Verrats sogenannter "Arbeiterführer" in SPÖ und "K"PÖ) zunehmenden Empörung der arbeitenden Menschen über die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse, ist das ein großer Schritt vorwärts.

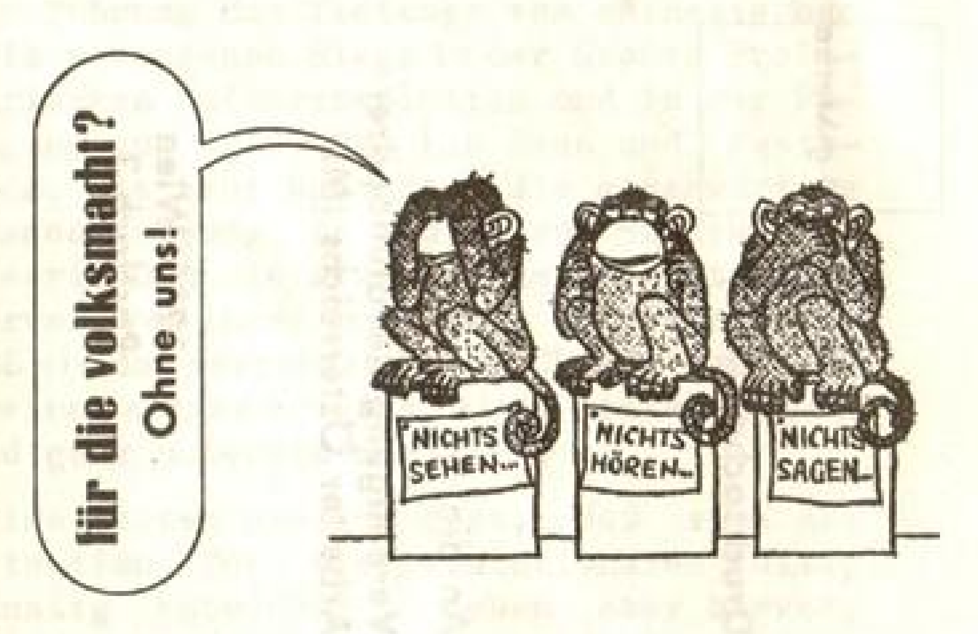
Stets war es unser Anliegen, den Kampf um die Einheit der österreichischen Marxisten-Leninisten zu führen, um so bessere Voraussetzungen für die Gründung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse zu schaffen. Der Kampf um diese Einheit entwickelt sich. Auch er ist den Entwicklungsgesetzen des revolutionären Kampfes unterworfen. Im ideologischen Kampf ohne Prinzipienschacher - so ist unsere Meinung - wird diese Einheit hergestellt werden und ein Meilenstein auf dem Weg zur Gründung der revolutionären Arbeiterpartei Österreichs sein. Die konsequente Anwendung des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen auf unsere konkreten Verhältnisse bietet uns die Möglichkeit dazu.

100 Nummern "Für die Volksmacht". Darin liegt eine Welt harten, aufopferungsvollen Kampfes. Gestützt auf die eigene Kraft, hergestellt in der Freizeit unserer Genossen und bezahlt aus Arbeiterschillingen sind sie entstanden. Sie sind ein Beweis der Lebenskraft revolutionärer Gesinnung, ebenso wie unsere gesamte Tätigkeit seit dem Erscheinen der ersten Nummer.

Zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser hundertsten Nummer stärken wir uns an großen Siegen der unterdrückten Volksmassen im Kampf gegen Imperialismus und Hegemonismus, feiern wir den Sieg im Volkskrieg der Völker Indochinas.

Gleichzeitig wissen wir aber: Mit allen Mitteln wird sich das untergehende kapitalistische System am Leben erhalten wollen. Mit allen Mitteln versuchen die Supermächte USA und Rußland im scharfen Konkurrenzkampf die Weltherrschaft zu erringen. Und mit allen Mitteln wollen auch die kapitalistischen Machthaber Österreichs ihre Herrschaft über das werktätige Volk aufrechterhalten. Den Kampf gegen all diese Reaktionäre müssen wir in Zukunft noch entschiedener führen. Dazu ist aber eine Stärkung der VRAÖ(ML) und ihres Zentralorgans "Für die Volksmacht" unbedingt notwendig. In politischer, organisatorischer und finanzieller Hinsicht.

Vorwärts im Kampf um die Schaffung der revolutionären Arbeiterpartei Österreichs! Vorwärts im Kampf um die sozialistische Revolution!





Kundgebung in Vorarlberg

Im Monat April hat die Landesgruppe Vorarlberg der VRA eine gute Aktivität entwickelt. Gemäß dem Leitungsbeschluß wurde eine Diskussionsversammlung zum Studium der Verfassung der VR China durchgeführt, die recht gut besucht war. Neben den Genossen haben daran auch Arbeiter aus Feldkircher Betrieben teilgenommen.

Zur Vorbereitung der Versammlung haben Genossen auf der Straße und im Betrieb unsere "Volksmacht" sowie themabezogene Literatur aus China kolportiert.

Die Diskussion verlief sehr lebhaft, wobei auch die konkreten Bedingungen unseres Kampfes in Österreich in den Vordergrund gerückt wurden. Alles in allem zeigte sich dabei, daß wir ständig daran arbeiten müssen, die Theorie mit der Praxis zu verbinden und die organisatorische Einheit zu festigen. Nur so werden wir größere Aufgaben anpacken und bewältigen können.

Am 19. April organisierte die Landesgruppe in Feldkirch eine öffentliche Kundgebung gegen den geplanten Bau eines Atomkraftwerkes in Rüthi. Zur Vorbereitung wurden tausende Sondernummern unserer Zeitung verteilt sowie die Nummer 96 kolportiert, und zogen die Genossen mit umgehängten Parolen durch die Stadt. Die Forderung des überwiegenden Teils der Bevölkerung lautet: "Kein Atomkraftwerk in Rüthi". Diese Forderung wurde auch auf der Kundgebung erhoben. Über Megaphon wurden die Kundgebungsteilnehmer und Passanten informiert und eine Erklärung der VRA-Landesgruppe verlesen. Aufgestellte Tafeln und Literatur zeigten die politische Bedeutung dieser Probleme in der kapitalistischen Gesellschaft auf. Daher wurden auch die Alibihaltung und Handlungen der Vorarlberger Landes- und Parteibonzen entlarvt. Diese werden sich aber noch mehr als bisher selbst entlarven, wenn der Kampf der Bevölkerung um ihre eigenen Interessen zunimmt.

Ein bezeichnendes Beispiel lieferte die Vorarlberger Presse, welche diese Aktion, die eine breite Diskussion entfachte, totschwieg. Besonders die "Vorarlberger Nachrichten", die sich als die "Atomkraftwerksgegner Nr.1" aufspielen, glauben, keine Ursache zu haben, über eine Anti-Rüthi-Aktion zu berichten, welche nicht ihren Segen hat.

Aber man hat sich in der Redaktion der "VN" beeilt, sehr massiv eine Veranstaltung des "Weltbundes zum Schutze des Lebens" zu unterstützen, die in Form einer Protestwanderung gegen Rüthi durchgeführt wurde. Über diesen Versuch des Weltbundes sich zur Wehr zu setzen, werden wir noch berichten.

70-g-Marke

Drucksache

An die
Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)
1205 Wien
Postfach 3

Vor dem und am 1. Mai führte die Landesgruppe Straßenaktionen in verschiedenen Städten durch. Am 1. Mai nachmittags wurde eine Versammlung durchgeführt, die in kämpferischer Stimmung verlief.

Ausgehend von der Tatsache, daß breite Teile der österreichischen Arbeiterschaft an einer wirklich revolutionären Perspektive zweifeln und als "kleineres Übel" deshalb keinen anderen Ausweg als die SPÖ-Politik sehen, wurde der Beschluß gefaßt, eine weitere öffentliche Versammlung über die sozialistische Entwicklung der Volksrepublik China durchzuführen. Diese fand am 3. Mai im Bregenzer Gösserbräu statt und war gekoppelt mit dem Lichtbildervortrag: "Ein österreichischer Arbeiter in Volks-China".

Die Veranstaltung war außerordentlich gut besucht und es entwickelte sich eine mehrstündige Diskussion auf hohem politischen Niveau. Es wurden Fragen behandelt, die die Notwendigkeit der Fortsetzung des Klassenkampfs auch in der Periode des Sozialismus sowie der ständigen Festigung der Diktatur des Proletariats klarmachten. In Beantwortung anderer Fragen wurde herausgearbeitet, daß die Außenpolitik der VR China keine "eigensüchtige, nationalistische" ist, sondern eine internationalistische, proletarisch-revolutionäre Außenpolitik. Diese Veranstaltung war ein voller Erfolg und ein Beweis guter Arbeit. Es wurde erwähnt, daß bei Veranstaltungen z.B. der SPÖ oftmals nicht mehr als 15-20 Personen anwesend sind. 50 Personen auf dieser Veranstaltung sprechen also eine deutliche Sprache.

Und noch ein Nachtrag zum 1. Mai: Die "K"PÖ-Revisionisten versuchen sich jetzt in Vorarlberg wieder zu konsolidieren. Dabei spekulieren sie darauf, aus dem Kreis der alten Kader wieder Aktivisten zu gewinnen. Deshalb muß "Aktivität" und "Aufschwung" vorgegaukelt werden.

An und für sich ist die Orientierung auf die ehrlichen alten Genossen ja richtig. Denn wer in Vorarlberg gezeigt hat, daß er ein Kommunist ist, hat immer Mut und Standfestigkeit beweisen müssen. Man will aber in Wirklichkeit nur "Papiererfolge", um politische Klarheit ist man nicht bemüht, denn das würde ja nur heißen, daß solche ehrliche Genossen der revisionistischen Partei endgültig verlorengehen.

Als "Erfolg" ist also zu vermelden: Die "kommunistische" Jugend in Vorarlberg hat zum 1. Mai einen Fackelzug veranstaltet - gemeinsam mit den Trotzkisten! Gekommen sind trotzdem so 15 bis 20 Leute. Es dürften die "Prinzipienfestesten" gewesen sein. ●

Das Treffen Mao Tsetung—Kim Il Sung

Mitte April besuchte der Führer des koreanischen Volkes, Kim Il Sung, die Volksrepublik China, wo er von der Bevölkerung begeistert empfangen wurde. Am 18. April wurde er von Mao Tsetung empfangen.

Die Zusammenkünfte der führenden Genossen der VR China und der DVR Korea zeigten die volle Übereinstimmung der Ansichten. Von Ansichten, die sich vom Marxismus-Leninismus leiten lassen.

Im Abschlußkommunique zum Besuch von Kim Il Sung, der zweifellos einen großen Sieg der revolutionären Einheit darstellt, hebt die chinesische Seite die großen Erfolge Volkskoreas im sozialistischen Aufbau hervor. China hat und wird immer den Kampf des koreanischen Volkes um die Wiedervereinigung ihres durch den US-Imperialismus gespaltenen Landes rückhaltlos unterstützen.

Die koreanische Seite begrüßt die unter der Führung Mao Tsetungs vom chinesischen Volk errungenen Siege in der Großen Proletarischen Kulturrevolution und in der Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius. Sie hebt besonders die gegenwärtige Massenbewegung in China zum Studium der Theorie über die Diktatur des Proletariats hervor. Von ihrer Seite wird unterstrichen, daß sie den gerechten Kampf Chinas zur Befreiung seiner Provinz Taiwan weiterhin voll und ganz unterstützen wird.

Beide Seiten stellen fest, daß sich die Situation für die revolutionären Völker günstig entwickelt, heben aber hervor, daß durch die sich verschärfenden Widersprüche zwischen den Imperialismen die Gefahr eines neuen Weltkrieges wächst und erklären mit Nachdruck, daß ein neuer Weltkrieg unweigerlich zur Weltrevolution führen wird...

Nach dem Sieg der indochinesischen Völker stellt der Besuch Kim Il Sungs in China zweifellos einen bedeutsamen Schritt zur Vertiefung und Verbreiterung des Kampfes der revolutionären Völker gegen Imperialismus und Hegemonismus nicht nur in Asien, sondern in der ganzen Welt dar. ●





Der 1. Mai in Wien

Zwei Erscheinungen prägten am 1. Mai 1975 ganz markant die politische Szene:

Unter den wuchtigen Schlägen der um ihre Unabhängigkeit und Freiheit kämpfenden Völker erzittert das ganze kapitalistische Weltsystem. Eindrucksvoll zeigen das die Siege der Völker Indochinas, die bestätigen, daß die Revolution zur unbesiegbaren Hauptströmung unserer Zeit geworden ist.

Gleichzeitig erschüttert eine weltweite Krise das gesamte kapitalistische System. Diese Krise eröffnet breiten Teilen der arbeitenden Menschen die Erkenntnis, daß nur durch die Vernichtung dieses Systems und durch die Errichtung der Volksmacht Wirtschaftskrisen, Ausbeutung und Unterdrückung, Not, Elend und imperialistische Kriegsgefahr gebannt werden können.

Auch in Österreich sehen sich die arbeitenden Menschen den gleichen Problemen gegenüber wie die Volksmassen anderswo. Die Lasten der kapitalistischen Wirtschaftskrise sollen auf ihre Schultern abgewälzt werden. Und der Konkurrenzkampf der Supermächte USA und Rußland mit seinem Brennpunkt Europa bringt auch für Österreich die Gefahr der Einbeziehung in einen imperialistischen Weltbrand. Das alles zeigt, daß auch in Österreich die Arbeiterschaft sich ernsthaft um die Verteidigung ihrer Interessen kümmern muß.

Mit der beispiellosen Demagogie von der "Sozial- und Wirtschaftspartnerschaft", mit dem Gerede vom "sozialen Frieden" versuchen die Kapitalisten, ihren Einfluß auf die arbeitenden Menschen aufrechtzuerhalten, so ihre Herrschaft zu sichern und das wahre Gesicht des heutigen Österreich als kapitalistischer Ausbeuter- und Unterdrückerstaat zu verschleiern.

Dabei stützen sie sich auf die SP-Führer, die längst selbst zu bürokratischen Kapitalisten geworden sind und ein Interesse an der Aufrechterhaltung der Ausbeutung arbeitender Menschen haben. Demgemäß war auch der Mai-Aufmarsch der SPÖ keine Bekundung des Kampfeswillens der Arbeiterklasse, sondern ein Trauermarsch. Und die Hauptparole der sozialdemokratischen Führungsspitze war, die Arbeiterschaft einzuschüchtern mit der alten Losung vom "kleineren Übel": "Was wollt's denn, anderswo ist es noch ärger." Einzuschüchtern, damit eben die Arbeiter sich nicht wehren, damit keine Forderungen gestellt werden, damit die Arbeiter stillhalten.

Als "Alternative" dazu hat sich die "K"PÖ angepriesen. Aber ihre Führer fungieren als Agenten der russischen Sozialimperialisten in Österreich, und in zunehmendem Maße sollen sie – nach dem Willen der herrschenden Kapitalisten – einen (ungefährlichen) "linken" Flügel darstellen. Die "Alternative" der "K"PÖ und ihre zentrale Losung war: "Kommunisten ins Parlament". Aber was ist denn, wenn ein paar scheinkommunistische Revisionisten im Parlament sitzen: Gäbe es dann keine Inflation, keine Wirtschaftskrise, keine Arbeitslosigkeit? Würde sich dann grundsätzlich etwas im Interesse der arbeitenden Menschen ändern? Natürlich nicht. Denn alle Erscheinungen des kapitalistischen Systems, die uns bedrücken, hängen nicht vom "bösen Willen" kapitalistischer Politiker ab, sondern wurzeln in der Gesetzmäßigkeit eines Systems, in dem der Profit alles, der arbeitende Mensch nichts zählt. Und diese Gesetzmäßigkeit läßt sich nicht "mildern", "abschwächen" – sie läßt sich nur beseitigen, indem man den Kapitalismus stürzt und die Volksmacht errichtet. Und die Erfahrungen zeigen noch etwas: Dort, wo die revisionistischen Arbeiterverräter mehr Einfluß haben, wo sie mitzusprechen haben, dort betreiben sie die gleiche arbeiterfeindliche Politik wie die SPÖ- und ÖGB-Führung bei uns. Z.B. in Portugal hetzen die Revisionisten gegen Streikkämpfe der Arbeiterschaft, weil – so sagen dort die Revisionisten – durch diese Kämpfe "die Wirtschaft" geschädigt würde.

Der 1. Mai war für die revolutionären Arbeiter ein Gradmesser, ob sie gut gearbeitet haben, ob sie ihrer Hauptaufgabe, nämlich der Sammlung der revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse für eben dieses Ziel des Sturzes der Kapitalistenmacht und der Errichtung der Volksmacht, gerecht geworden sind. Wir können feststellen, daß immer mehr Menschen unseren Worten Glauben schenken, eben weil sie aus der Praxis, aus der Wirklichkeit erkennen, daß unsere Argumentation richtig ist. Was wir von der VRA in jahrelangen prinzipienfesten Kampf in Angriff genommen haben, das beginnt jetzt Früchte zu zeigen. Das kam zum Ausdruck in den Diskussionen am 1. Mai, im gestiegenen Zeitungsverkauf, in der größeren Nachfrage nach marxistisch-leninistischer Literatur usw.

Umso notwendiger ist es daher heute, an der richtigen Linie festzuhalten und das proletarische Element in der österreichischen revolutionären Bewegung zu stärken. Der 1. Mai hat auch gezeigt, daß der Drang nach Einheit der Marxisten-Leninisten, das ehrliche Bestreben, die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse in gemeinsamem Kampf aufzubauen, immer mehr an Kraft gewinnt. Das ist eine Erscheinung, aus der man Kraft schöpfen kann und Zuversicht für die Zukunft der revolutionären Bewegung in Österreich.

Wir und alle Marxisten-Leninisten führen einen hartnäckigen Kampf, unter Einsatz aller Kräfte. Und wir wissen, daß die Entwicklung des kapitalistisch-imperialistischen Systems mit Notwendigkeit die revolutionäre Situation hervorbringt, in der die Herrschenden nicht mehr regieren können wie bisher und die Volksmassen nicht mehr leben wollen wie bisher. Wo mit einem Schlag klar wird, daß die arbeitenden Menschen nur ihre Zukunft sichern können, wenn sie ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Auch das ist eine Gesetzmäßigkeit, die uns heute glanzvoll die Völker der Dritten Welt vor Augen führen.

Von Jahr zu Jahr kommen wir immer mehr dazu, den ersten Hauptbaustein zu legen, der in dieser Situation dann der Garant für den Sieg der revolutionären Sache sein wird: die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse. Und auch der 1. Mai 1975 war ein Schritt voran zu diesem Ziel! ●



Der 1. Mai in Innsbruck

Am Abend des 30. April veranstaltete der Marxistisch-Leninistische Bund Tirol und die Landesgruppe Tirol der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML) eine gemeinsame Diskussionsveranstaltung im Gasthof Hentschel in Innsbruck. Nach je einem kurzen Einleitungsreferat von Vertretern der beiden Organisationen wurde über die nationale und internationale Lage sowie über Probleme der Arbeiterklasse diskutiert.

Nach mehrjähriger Unterbrechung erlebte Innsbruck heuer wieder eine kämpferische öffentliche Maiveranstaltung. Zur gemeinsamen Kundgebung im Rapoldipark im Pradl (einem Arbeiterviertel Innsbrucks) am 1. Mai um 11 Uhr hatten der KB (T), der MLB (T) und die VRA(M-L) aufgerufen. Es erschienen ca. 150 Sympathisanten und Mitglieder der drei Organisationen, sowie griechische, türkische und persische Genossen und auch eine Reihe von ehemaligen KPÖ-Mitgliedern. Zu den Kundgebungsteilnehmern sprach je ein Vertreter vom KB (T), vom MLB (T) und von der VRA.

Die Veranstaltung wurde mit dem Singen der Internationale beendet.

Anschließend zogen viele der Teilnehmer in einer Demonstration vom Rapoldipark zum Bahnhof, wo die Demonstration abgeschlossen wurde.

Eine Handvoll Trotzkisten versuchte die Veranstaltung durch ihre Teilnahme umzufunktionieren, was aber kläglich scheiterte.

Am 4. Mai fand eine Diskussion von Vertretern der drei Organisationen statt. Dabei wurden über die praktischen Erfahrungen des 1. Mai Einschätzungen abgegeben.

Im Hinblick auf die Einheitsbestrebungen war diese Diskussion sehr lehrreich. Nach anfänglicher Steifheit wurde sehr kameradschaftlich über bestehende Meinungsverschiedenheiten diskutiert.

*

Von den Genossen in Tirol wurde der Beschluß gefaßt, in vierzehntägigen Abständen Leserdiskussionen über unsere Zeitung "Für die Volksmacht" durchzuführen. Sie finden im Gasthaus Hentschel in Innsbruck statt. Auskünfte vorläufig:

6040 Innsbruck,
Postfach 909

Telefonnummer wird noch bekanntgegeben. ●

für die Volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)



„VERGESSENER" JAHRESTAG

Der Große Deutsche Bauernkrieg der Jahre 1524-1526 jährt sich zum 450. Mal. Wir revolutionären Bauern gedenken dieses Jahrestages, weil dieser Bauernkrieg Klassenkampf der entrechteten und ausgebeuteten Bauern gegen ihre d a m a l i g e n Ausbeuter, die Feudalherren (= Adel) war und weil er eine der größten revolutionären Massenbewegungen der älteren Geschichte war. Und wir beugen das Haupt im Andenken an den großen Revolutionär und Bauernführer Thomas Münzer, der den Bauernkämpfen die Stoßrichtung gewiesen hat: er sprengte im Verlaufe des Bauernkrieges den theologisch-kirchlichen Rahmen der von Martin Luther ins Leben gerufenen "Reformation" und gab ihr eine revolutionäre Richtung. Es war das Ziel Münzers - aber auch anderer Bauernführer wie des Süddeutschen Florian Geyer, des Tirolers Michael Geismaier u.a. - die "Reformation" im Sinne und Interesse der Volksmassen zu vollenden: Beseitigung der Macht der Feudalherren, Überführung der Macht in die Hände der Bauern und der werktätigen "Stadtarmut", wie man das damals im Entstehen begriffene Proletariat nannte, Neuordnung der Gesellschaft, Errichtung der V o l k s m a c h t. Damals scheiterte der revolutionäre Kampf der Bauern. Münzer wurde am 27. Mai 1525 im Auftrag der Feudalherren hingerichtet.

Eine der Hauptursachen für das Scheitern des Großen Bauernkrieges war die Uneinigkeit der Bauern. Statt bis zum Sieg weiterzukämpfen, der bereits in Reichweite war, ließen sich große Teile der Bauern, gelenkt vom Einfluß "gemäßigter" Bauernführer, auf Verhandlungen mit den Feudalherren ein. Die Bauern legten ihre Waffen nieder, weil die Fürsten ihnen Versprechungen machten, die sie später aber nicht einhielten. Ganz im Gegenteil: Sobald die Bauern entwaffnet waren, verschärften die damaligen Ausbeuter die Unterdrückung. Schuld an der Niederlage war wohl auch, daß sich die Bauern spalten ließen. Und weil sie oftmals aus lokaler Borniertheit das große Ziel der Bauernbefreiung aus den Augen verloren. Hemmend wirkte sich auch das Scheitern des zaghaft unternommenen Versuches, ein dauerhaftes Bündnis mit anderen unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und Schichten zu schmieden, aus. Nicht zuletzt scheiterte der Bauernkrieg wohl auch daran, daß die Zielsetzung weit über die Möglichkeiten der damaligen Epoche hinaus in für damalige Verhältnisse "utopische" Bereiche vorstieß. Der Hauptgrund für die Niederlage der deutschen und österreichischen Bauern - wie der unzähligen Bauernkriege in der ganzen feudalen Welt - lag eben darin, daß es damals noch nicht jene Klasse gegeben hat, die keinerlei Eigentum besitzt und daher an der Aufhebung aller Klassen, das heißt, an der endgültigen Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Lebensinteresse hat: das moderne Industrieproletariat.

So ging der Große Bauernkrieg in die Geschichte ein als Versuch einer revolutionären Überwindung des damals reaktionären Gesellschaftssystems, des Feudalismus. Er war eine frühbürgerliche Revolution. Und erst hunderte Jahre später gelang es dem damals fortschrittlichen Bürgertum, gestützt auf den revolutionären Kampf der Bauern und der anderen Ausgebeuteten, das Feudalsystem zu zerschlagen. Das Ergebnis dieses revolutionären Prozesses war unter anderem die "1. Bauernbefreiung" im Zuge der bürgerlichen Revolution. Der damalige Traum der Bauern währte aber nicht lange. Anstelle der Ausbeutung durch die Feudalherren ist die Ausbeutung durch die Kapitalisten getreten. Die Ausbeutung hat wohl andere Formen angenommen, aber im Wesen ist sie die gleiche geblieben.

Wir revolutionären Bauern erkennen, daß das den gesellschaftlichen Fortschritt hemmende bürgerliche kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftssystem zerschlagen werden muß. Wir revolutionären Bauern erkennen, daß wir nicht als Einzelbauern im Kapitalismus, sondern nur als Kollektivbauern im Sozialismus eine fortschrittliche Perspektive haben. Wir wissen, daß Kapitalismus für uns Ausbeutung und Unterdrückung, schließlich bäuerlicher Ruin bedeutet. Genauso wie Bauernkämpfer des Großen Bauernkrieges den Feudalismus als Ausbeutungssystem erkannt haben und ihre Konsequenzen gezogen haben, so müssen es auch wir heute tun. Heute steht die 2. Bauernbefreiung auf der Tagesordnung, die Befreiung von Ausbeutung durch das Industrie-, Handels- und Finanzkapital und die in deren Diensten stehenden bürokratischen Kapitalisten (Polit-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbonzen u.a.).

UNTERDRÜCKUNG BÄUERLICHEN GESCHICHTSBEWUSSTSEINS

Das Totschweigen des Jahrestages des Großen Bauernkrieges ist ein Beweis dafür, wie die Bauernausbeuter, die Kapitalisten und deren Agenten in den bäuerlichen Reihen, Zeitungsschreiber und sogenannte "Bauernführer" nichts tun, um der Bauernschaft Geschichtsbewußtsein zu vermitteln. Wie diese Verräter an der Sache der Bauern sich bemühen, daß die Bauernschaft nur ja nicht auf den Gedanken kommt, revolutionäre Traditionen zu pflegen, wie z.B. die Erinnerung an den Großen Bauernkrieg eine ist. Fürchten sich diese Aasgeier doch, daß durch die Pflege dieser Traditionen der bäuerliche Kampfgeist erwachen könnte, und daß der vom Kapital bis aufs Blut ausgebeutete werktätige Bauer anstelle von "lammfromm, gottesfürchtig und duldsam" revolutionär werden und seine Peiniger zum Teufel jagen könnte.

PFLEGE BÄUERLICHER REVOLUTIONÄRER TRADITIONEN

Wir revolutionären Bauern sagen, daß es hoch an der Zeit ist, nicht nur bäuerliches Geschichtsbewußtsein zu entwickeln, sondern es auch notwendig ist, revolutionäre und kämpferische Traditionen der Bauern zu pflegen. Und wir haben solche Traditionen: der Große Bauernkrieg 1524-1526. Und wir Bauern müssen es lernen, wenn wir es verlernt haben, aus der Geschichte und aus den revolutionären Bauernkämpfen der Vergangenheit die Kraft zu schöpfen, die wir heute brauchen, um erfolgreich und konsequent bäuerlichen Klassenkampf gegen kapitalistische Ausbeutung führen zu können. Und jede bäuerliche Aktion und Demonstration gegen Ausbeutung und Unterdrückung, von welcher Gruppe immer in Gang gebracht und in welcher Größenordnung auch immer veranstaltet, ist ein Meilenstein auf dem Weg zur 2. Bauernbefreiung, zur sozialen Befreiung der werktätigen Bauern von Ausbeutung durch das kapitalistische System. Und wir Bauern müssen aus dem Großen Bauernkrieg lernen, daß wir einig sein müssen, daß wir weder Versprechungen und Vertröstungen noch politischer Demagogie - von welcher Seite immer - auf den Leim gehen dürfen. Und uns Bauern muß bewußt werden, daß wir nur dann erfolgreich in unserem revolutionären Kampf für eine bessere Gesellschaftsordnung sein werden, wenn wir ein enges Kampfbündnis mit der im revolutionären Sinne fortschrittlichsten und daher in der Revolution führenden Klasse schmieden: dem Proletariat. Dann wird uns keine Kraft in Österreich aufhalten können, den Weg zu beschreiten, der in eine fortschrittliche und lichte Zukunft für uns Bauern führt: den Weg zum Sozialismus. Eines Sozialismus auf der Basis der wissenschaftlichen Lehren des Marxismus-Leninismus und der Ideen Mao Tsetungs.

Für uns revolutionären Bauern, für alle bewußten und kämpferischen Bauern ist der 450. Jahrestag des Großen Bauernkrieges kein "vergessener Jahrestag", wie er es für die Bauernfeinde, die kapitalistischen Ausbeuter und deren Agenten in den bäuerlichen Reihen, der sogenannten "Bauernführer", einer ist. Wir revolutionären Bauern haben bäuerliches Geschichtsbewußtsein und wir pflegen revolutionäre Traditionen. Und die Erinnerung an den Bauernkrieg gibt uns die Kraft, die wir brauchen im Kampf gegen unsere Ausbeuter, im Kampf gegen das kapitalistische System.

Hoch die revolutionären bäuerlichen Traditionen!

Hoch der 450. Jahrestag des Grossen Bauernkrieges gegen Unterdrückung und Ausbeutung!

VORWÄRTS IM KAMPF UM DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION !

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML): Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien.

Bestellungen an die VRA:
1205 Wien,
Postfach 3